#### Foto: © meinzahn / 123RF.com

## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die sogenannte "Sommerpause" ist beendet, und ich hoffe, Sie alle hatten Gelegenheit in Ihrem privaten Umfeld etwas Erholung zu finden und Kraft zu tanken, für alles, was Sie sich persönlich für den Rest des Jahres vorgenommen haben.

Auf diesem Weg bedanke ich mich nochmal für Ihr Vertrauen, durch das ich erneut in das NRW-Parlament einziehen konnte. Durch die zwischenzeitlich erfolgte Aufgabenverteilung innerhalb der CDU-Landtagsfraktion darf ich mich auch auf Landesebene weiter in den Politikfeldern besonders aktiv einbringen, die mich auch kommunal seit 25 Jahren hier in Bonn beschäftigen.

Als Mitglied des "Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung" sowie als zukünftiger Vorsitzender des "Ausschusses für Heimat und Kommunales" kann ich meine in Bonn gesammelte Erfahrung in die Landespolitik einfließen lassen und unseren kommunalen Interessen auch in Düsseldorf Gehör verschaffen.

Auch wenn die Koalitionsvereinbarung auf Landesebene viel Gutes für Bonn verspricht, werden die anstehenden Haushaltsberatungen für unsere Heimatstadt schwierig und werfen ihre ersten Schatten voraus. Bereits die letzten Jahre waren durch massive Einschnitte geprägt, um uns aus dem Haushaltssicherungskonzept erfolgreich herauszuführen, was nicht zuletzt auch unter Führung der CDU in der letzten Ratsperiode gelungen ist.

Nun werden uns die Folgen von Corona und dem Ukraine-Krieg, aber auch vor allem der Umgang der grün-linken Mehrheit mit unseren städtischen Finanzen einiges abverlangen und Steuererhöhungen sind zu befürchten.

Als stärkste Oppositionskraft im Bonner Stadtrat nehmen wir unsere damit verbundene Verantwortung sehr ernst. Wir wollen nicht nur kritisieren, wir haben auch den eigenen Anspruch, konstruktive Vorschläge in die anstehenden Beratungen einzubringen.

Eine immer weiter ausufernde Verschuldungspolitik ist nicht generationengerecht, die beabsichtigte weitere Aufblähung des Verwaltungsapparates ist kritisch zu hinterfragen. Selbst bei guten Ideen und Maßnahmen zugunsten des Klimaschutzes ist auch die Unter-



Guido Déus MdL

Vorsitzender der Stadtratsfraktion

stützung unserer mittelständischen Wirtschaft und der dort geschaffenen Arbeitsplätze für uns von besonderer Bedeutung.

Lassen Sie uns zu diesen, aber gerne auch allen anderen Themen, die Sie bewegen, ins Gespräch kommen. Unter "sprechstunde@cduratsfraktion-bonn.de" oder Telefon 0228-772044 nehmen wir Ihre Anliegen gerne entgegen.

Ihr Guido Déus MdL



**Bonner Bäder** Seite 2



**Geldverschwendung**Seite 2



**Beethovenhalle**Seite 3



Der Umgang von grün-linker Ratsmehrheit und Verwaltung mit den Bonner Schwimmbädern ist ein Trauerspiel: Verzögern, Verkleinern, Verteuern, Verhindern!

"Lediglich das Römerbad hat ein familientaugliches Ambiente. Insgesamt verfällt aber die Bäderinfrastruktur. Das darf so nicht weitergehen!", appelliert David Lutz (CDU), Vorsitzender des Sportausschusses.

Hier nur zwei Beispiele für die Ebbe in der maroden Bonner Bäderlandschaft:

#### Hardtbergbad

Es sollte – so das Ergebnis einer Bürgerwerkstatt – in ein attraktives Familienbad umgewandelt werden. Davon ist in der endlich vorliegenden Entwurfsplanung nicht mehr viel übrig. Mit Verweis auf die Kostensteigerung sollen die wesentlichen Module zum Familienbadausbau – wie Kursbecken zur Schwimmausbildung, Eltern-Kind-Bereich – auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Die CDU besteht auf eine sofortige Weiterplanung mit dem Ziel der absehbaren Realisierung.

#### Melbbad

Nach der ersten Machbarkeitsstudie zur Sanierung im Herbst 2021 musste unbedingt noch eine zweite her. "Das Ergebnis ist – wie von uns deutlich prognostiziert – eine Mini-Mini-Lösung, die die Öffnung des Bades erheblich verzögert und zudem verteuert", kritisiert Nicole Bonnie, sportpolitische Sprecherin der CDU-Stadtratsfraktion.

Mit dem durch Falschinformationen

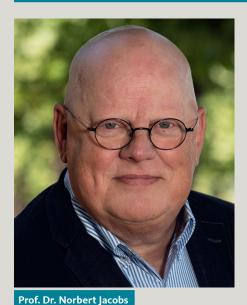


**David Lutz** 

**Vorsitzender Sportausschuss** 

torpedierten und 2018 abgelehnten Projekt Wasserland-Familienbad wären wir schon erheblich weiter...

### Geldverschwendung Eigenreinigung: Vier Gebäude für 600.000 €



Finanzpolitischer Sprecher

"Das ist vollkommener Irrsinn – für ganze vier Pilotprojekte in drei Schulen und einer KiTa listet die Verwaltung für die Eigenreinigung über 659.000 Euro plus weitere 32.000 Euro für einmalige Erstausstattung auf. Die Fremdreinigung durch externe Dienstleister in diesen Objekten schlägt derzeit dagegen mit 152.350 Euro zu Buche, da soll mehr als eine halbe Million Euro Steuergeld verbrannt werden", ärgert sich der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Prof. Dr. Norbert Jacobs.

Dabei schreibt die eigene Verwaltung der Oberbürgermeisterin, dass

die Nutzerinnen und Nutzer städt. Liegenschaften wiederholt bestätigt hätten, dass sich die Reinigungsleistungen in den letzten Jahren deutlich verbessert haben und die frühere Kritik an der durchgeführten Fremdreinigung der Objekte inzwischen nicht mehr bestehe.

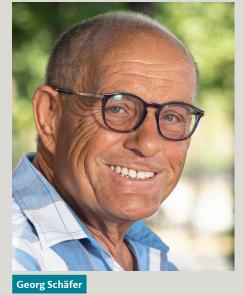
Insgesamt 29 neue Stellen sind für das Pilotprojekt erforderlich. Sowohl die grün-linke Ratsmehrheit als auch die grüne Oberbürgermeisterin wischten die guten Argumente der eigenen Fachverwaltung gegen die Eigenreinigung ohne langes Federlesen vom Tisch und beschlossen das Projekt.



Gemeinsam mit FDP und BBB hat die CDU einen sofortigen, temporären Baustopp für Sanierung und Ausbau der Beethovenhalle gefordert. Damit wurde der gemeinsame Antrag vom 27. Juni 2022 auf Vorlage eines tragfähigen Konzepts für den Fortgang der Bauarbeiten statt der von der Verwaltung immer wieder vorgebrachten Flickschusterei bekräftigt.

Auf diese Weise hat die CDU-Fraktion auf eine von OB Katja Dörner (B90/Grüne) überraschend eingebrachte Dringlichkeitsentscheidung zur Einstellung eines weiteren externen Beraters für rund 200.000 Euro für die Sanierung der Beethovenhalle reagiert.

Für die CDU-Fraktion ist diese



Sprecher Städtisches Gebäudemanagement

Dringlichkeitsentscheidung nicht zielführend. Keiner will eine Bauruine riskieren, aber es soll jetzt endlich Schluss sein mit den von der Oberbürgermeisterin vorgelegten Schnellschüssen, die absehbar zu nichts außer Mehrkosten und weiteren Verzögerungen führen werden.

"Aus den gemachten Fehlern muss gelernt werden, dass es eine baubegleitende Planung nicht mehr geben darf und zukünftig erst geplant und dann gebaut wird", so Guido Déus, CDU-Fraktionsvorsitzender.

Für Georg Schäfer, CDU-Sprecher im SGB Betriebsausschuss trägt Dörner nicht erst seit dem Rauswurf von SBG-Chef Lutz Leide die volle Verantwortung für die Baustelle Beethovenhalle; "Nach fast zwei Jahren im Amt kann sie sich auch nicht mehr auf Fehler ihrer Amtsvorgänger berufen."

### Links-grüne Wohnraum-Realität: Kein bezahlbarer Wohnraum



**Georg Goetz** 

Sozialpolitischer Sprecher

Die vollmundigen Wahlversprechen der grünen Linkskoalition für mehr bezahlbaren Wohnraum bleiben Lippenbekenntnisse, wenn es darum geht, Bebauungspläne auf den Weg zu bringen.

Immer wieder werden diese mit Prüfaufträgen verzögert oder gänzlich verhindert.

Neue Baugebiete sind unerwünscht, das Einfamilienhaus ist ein Auslaufmodell, einzig Bauen in die Höhe scheint der heilige Gral zu sein.

"Die Menschen, die in Bonn dringend auf bezahlbare Wohnungen

warten, lässt die Koalition im Regen stehen", so Georg Goetz, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion.

"Die hilflosen Ideen der Ratskoalition wie "Wohnen über Parken" oder "Wohnungstausch" können nicht den Wegfall von ganzen Baufeldern kompensieren. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum wird zudem durch immer höhere Baustandards, fehlende Bauflächen und schleppende Genehmigungsverfahren durch die Bonner Stadtverwaltung immens erschwert", kritisiert Bert Moll, planungspolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion.



## Die Fußgängerzone Friedrichstraße soll auch

#### tatsächlich für Fußgängerinnen und Fußgänger sein!

Im Jahr 2007 wurde die Friedrichstraße zur Fußgängerzone – und es gibt viele Stimmen, die seither von der schönsten Straße der Bonner Innenstadt sprechen. Ein Verdienst vor allem der Gewerbetreibenden sowie der Anwohnerinnen und Anwohner. Aktuell ist die sehr einladende Friedrichstraße aber zum Zankapfel geworden: Fußgänger – Fahrradfahrer – Aufenthaltsraum. Das muss aber gar nicht sein, denn die Lösung ist sehr einfach!

Mit der Sanierung der Deckenschicht der Oxfordstraße und der Einrichtung der Umweltspur besteht nun eine Alternative zur bisherigen Fahrrad-Route über die Sterntorbrücke und Friedrichstraße in Richtung Kennedybrücke sowie in die umgekehrte Richtung vom Rhein zum Stadthaus. Es ist somit sinnvoll und geboten, die Strecke über die Friedrichstraße in den Hauptgeschäftszeiten, wie übrigens in vielen anderen Straßen der Innenstadt auch, für den Radverkehr zu sperren. Die Fußgängerinnen und Fußgänger sollen hier absoluten Vorrang haben und diesen endlich auch bekommen.

Aufgrund der mittlerweile zahlreich vorhandenen Außengastronomien

und der Initiative vieler Gewerbetreibender hat die Friedrichstraße immer noch weiter an Aufenthaltsqualität gewonnen. Wer genießt dort nicht das Flanieren?! Durch den Radverkehr kommt es leider immer häufiger zu Konflikten. Zahlreiche Leserbriefe in der örtlichen Presse unterstrichen diese Problematik in den letzten Wochen eindrucksvoll.

Und die Lösung ist so naheliegend wie einfach: Zwischen 9 und 21 Uhr muss die Friedrichstraße für die Fußgängerinnen und Fußgänger frei von Fahrradfahrenden sein, das ist eine faire Aufteilung des Verkehrsraumes in der Innenstadt und eine klare verkehrspolitische Linie.

Keineswegs ist die Argumentation der linken Ratskoalition tragfähig: In einem WDR-Interview wurde unterstrichen, dass die Fahrradfahrenden in der Friedrichstraße radeln sollen und wollen, weil sie mit dem Fahrrad unmittelbar zu den Geschäften gelangen.

Da reibt man sich die Augen: Wozu werden denn dann auf dem ca. 200m entfernten Stiftsplatz mindestens 60 überdachte Fahrradabstellplätze entstehen? Dies hat die Ratskoalition entschieden.



Nicole Bonnie

Vorsitzende der Bezirksfraktion Bonn

Wohin werden denn die Menschen gehen, die dort das Rad so zahlreich abstellen sollen? Jedenfalls nicht in die Innenstadt, denn dort sollen sie ja mit dem Rad vor das gewünschte Geschäft vorfahren dürfen.
Ein Schelm, der Logik in der Verkehrspolitik finden will. Die Lösung lautet: Fahrrad first – macht alle Platz! Aber das machen wir nicht mit. Wir wollen eine faire und den Ansprüchen entsprechende Aufteilung des Verkehrsraums in der Innenstadt!



Foto: © dudlajzov / 123RF.com

## CDU fordert "richtige" Umsetzung des ISEK

Über zwei Jahre haben namhafte Planungsbüros das "Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept für das Quartier östlich des Beueler Bahnhofs", kurz ISEK, erstellt. Die "Initiative Beueler Quartiersentwicklung" hat die Planungsphase kritisch begleitet und auch entsprechende Vorschläge unterbreitet, die heute im ISEK wiederzufinden sind. Die Beueler Bezirksfraktion fordert eine zügige und vor allen Dingen "richtige" Umsetzung des ISEK.

Richtige Umsetzung bedeutet ganz einfach, dass bezogen auf die vorgesehenen Maßnahmenkonzepte, einzelne Maßnahmen nicht losgelöst von den anderen Einzelmaßnahmen umgesetzt werden sollten. Ansonsten ist ein "Wirrwarr" zu befürchten, das am Ende der gewünschten Entwicklung eines ganzen Quartiers entgegenstehen würde.

Als klassisches Beispiel ist das Maßnahmenpaket "Ankunftsraum Bahnhof Beuel" zu nennen. Dieser Teilraum umfasst sowohl das Bahnhofsumfeld auf der Westseite sowie die Flächen entlang der Königswinterer Straße auf der Ostseite des Bahnhofs, der u.a. durch einen Durchstich des Verteilertunnels im Zuge des Ausbaus der S13 einen maßgeblichen Bedeutungszuwachs erfährt. Das Maßnahmenpaket zielt insgesamt darauf ab, diesen wichtigen Mobilitätsknotenpunkt stärker

zu einem Mittelpunkt zwischen dem östlichen und westlichen Teil des Zentrums von Beuel werden zu lassen. Logischerweise erfordert dies zu beiden Seiten des Bahnhofs eine Neugestaltung des öffentlichen Raums sowie eine städtebauliche Neuordnung auf der Ostseite. Mit anderen Worten: Es soll ein zusammenhängender und funktionaler Raum geschaffen werden.

Die im ISEK vorgegebenen Einzelmaßnahmen dürfen nicht losgelöst voneinander angegangen werden. So nennt das ISEK insgesamt vier Oberpunkte, wobei für die CDU-Bezirksfraktion zunächst die übergeordnete Qualifizierungsstrategie für das Bahnhofsumfeld eine herausragende Bedeutung hat, da geografisch hier der Eingang zum Quartier einerseits und der Beueler Innenstadt andererseits liegt. Hierbei stehen die Aufwertung des westlich gelegenen Bahnhofsvorplatzes, die Schaffung eines östlichen Bahnhofsvorplatzes und als Verbindung beider Areale der Durchstich des Verteilertunnels zunächst im Fokus.

Während sich die CDU im Bahnhofsgebäude sehr gut eine kulturelle Nachnutzung vorstellen kann, so folgt sie auch dem ISEK in Sachen Nachnutzung des Güterschuppens. Hier könnte sich die CDU ein Atelier mit einer Ausstellungsfläche vorstellen.



Reiner Burgunder
Stadtverordneter Beuel

Schließlich ergeben alle im ISEK vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen nur dann Sinn, wenn die verkehrliche Anbindung tatsächlich auch gegeben ist. Hierzu gehört der Ausbau der Königswinterer Straße von der Maarstraße bis zur Siegburger Straße. Dieser Bereich gehört geografisch noch zum B-Zentrum Beuel.

Folgerichtig ist eine Neugestaltung der Ecke Maarstraße/Königswinterer Straße unbedingt notwendig. Gleiches gilt für die Ecke Siegburger Straße/Königswinterer Straße. Hier wird – dem ISEK folgend – von der CDU ein Kreisverkehr gefordert, damit ein auf der Ostseite der Bahngleise geplanter zentraler Busbahnhof verkehrlich realisierbar wird.



# Zukunft der Fahrradstation und Toiletten am Bahnhof ungewiss -

#### Oberbürgermeisterin darf Bad Godesberg nicht abhängen!

Das Schicksal der geplanten Radstation am Bahnhof Bad Godesberg ist nur eines der jüngsten Beispiele für den Umgang mit Projekten in Bad Godesberg seit dem Amtsantritt von Oberbürgermeisterin Katja Dörner. Dabei ist die Radstation bereits seit Jahren beschlossene Sache und sie wird dringend benötigt, wenn man den Umstieg auf den ÖPNV und das Rad wirklich weiter fördern möchte. Aber die Stadtverwaltung hat nach Auskunft des Stadtplanungsamtes vorerst nicht vor, die geplante Radstation und die öffentlichen Toiletten umzusetzen.

Dass dies vorerst nicht vorgesehen ist, zeigt einmal mehr, welchen geringen Stellenwert Bad Godesberg bei der Stadtverwaltung unter Oberbürgermeisterin Dörner zu haben scheint. Dabei fehlen bereits heute etwa 180 Fahrradabstellplätze in der Bad Godesberger Innenstadt. Außerdem lässt dies mit Blick auf die Verkehrsplanung tief blicken. Ein wichtiges Angebot für mehr Attraktivität von ÖPNV und Radverkehr in Bad Godesberg verschwindet in der Schublade. "So gelingt keine Verkehrswende. Die Oberbürgermeisterin muss im eigenen Haus dringend klarstellen, dass die Radstation realisiert werden muss", fordert Jens Röskens, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Bad Godesberg.

Die CDU geht davon aus, dass die erst kürzlich bewilligte Aufstockung der Planstellen im Städtischen Gebäudemanagement ausreicht, um das Projekt umzusetzen.



Jens Röskens

Vorsitzender der Bezirksfraktion

**Bad Godesberg** 

#### Kurfürstenbad schnell realisieren. Freibäder erhalten!

Dabei ist die Radstation nicht das einzige Projekt in Bad Godesberg, dessen Schicksal unter der grünen Oberbürgermeisterin ungewiss ist. Der Projektplan für die Sanierung der Stadthalle ist weiter offen. Der Antrag auf Städtebaufördermittel für die geplante Umgestaltung der Innenstadt Bad Godesbergs konnte das zweite Jahr in Folge nicht gestellt werden. Die Sanierung von Schulen und Sporthallen kommt

nicht voran. Tollen Projekten aus der Bad Godesberger Bürgerschaft wie dem "Rüngsdorfer Kulturbad" wird zunächst die Genehmigung verwehrt und erst nach öffentlichem Druck doch erteilt. Der Neubau des Kurfürstenbades liegt hinter dem ursprünglich geplanten Zeitplan. Das nicht nur in Friesdorf beliebte Freibad "Friesi" konnte in diesem Jahr die Tore zur Freibadsaison gar nicht erst öffnen. Ob die geplante

Nutzung als Hallenbad mithilfe einer Traglufthalle im kommenden Winter möglich ist, scheint ungewiss. Klarheit über den Zustand und die notwendigen Maßnahmen fehlen. Die Liste ließe sich fortsetzen.

"Es ist an der Zeit, dass Katja Dörner und die Ratskoalition sich zu Bad Godesberg bekennen. Dazu braucht es weniger Worte als endlich Taten," so Jens Röskens.



## Bundesimmobilie in Lengsdorf für Wohnzwecke nutzen

Angesichts der Lage auf dem Bonner Wohnungsmarkt und dem Mangel an verfügbaren Baugrundstücken ist es aus städtischer und gesamtstaatlicher Sicht erforderlich, leer stehende oder nicht angemessen genutzte Immobilien für Wohnnutzung zu verwenden, fordert der Vorsitzende der CDU-Bezirksfraktion Hardtberg Bert Justus Moll. Deshalb hat die CDU-Bezirksfraktion beantragt, dass die Stadt Bonn bei der Bundesanstalt für Immobilienwirtschaft (BIMA) mit Nachdruck auf den Ankauf der Bundesimmobilie Provinzialstraße 21 in Lengsdorf für Wohnnutzung durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft VEBOWAG hinwirkt. Auf eine große Anfrage der CDU-Fraktion hatte die Stadtverwaltung 2020 zu der Immobilie Provinzialstraße 21 mitgeteilt, dass die BIMA

die Auskunft gegeben habe, dass nach gegenwärtigem Sachstand langfristiger Bedarf des Bundes an der Liegenschaft bestehe. Ob und wann die Liegenschaft verkauft werde, sei nicht absehbar. Anlässlich der Beratung der Anfrage wurde durch die Berichterstattung des General-Anzeigers bekannt, dass in der Immobilie angeblich lediglich Möbel und Einrichtungsgegenstände gelagert würden. Vor dem Hintergrund der Ankündigung der Bundesregierung, in erheblichem Umfang Wohnungen zu schaffen, dürfte aber eine Nutzung der Immobilie nur als Lager nicht angemessen und damit unwirtschaftlich sein. Die CDU setzt sich für die vielen Wohnungssuchenden in Bonn ein und erwartet, dass sich Stadt und Bund über eine Wohnnutzung der Immobilie verständigen.



Bert Justus Moll

Vorsitzender der Bezirksfraktion Hardtberg, Planungspolitischer Sprecher der Ratsfraktion

## Raserei auf dem Konrad-Adenauer-Damm stoppen

Die Raserei auf dem Konrad-Adenauer-Damm sowie angrenzend
in der Pascalstraße und auf dem
Brüser Damm im Stadtgebiet Hardtberg ist vielen Bürgerinnen und
Bürgern ein Dorn im Auge. Die gut
ausgebauten Hauptverkehrsstraßen
zwischen der Reichsstraße in Lengsdorf und der Almabrücke Richtung
Alfter haben klar geregelte Geschwindigkeitsbeschränkungen
zwischen 50 und 70 km/h. Trotzdem
wird die Strecke von vielen Auto-

und Motorradfahrenden als Rennstrecke missbraucht, kritisiert der Vorsitzende der CDU-Bezirksfraktion Hardtberg Bert Justus Moll. Die Folge ist, dass es insbesondere im Kreuzungsbereich Konrad-Adenauer-Damm und Brüser Damm immer wieder schwere Unfälle gibt. Eine besondere Belästigung stellt außerdem der gestiegene Lärm durch die zu schnell fahrenden Fahrzeuge dar. Dies führt in den angrenzenden Wohngebieten zu einer erhebli-

chen Belästigung und Verärgerung der Bevölkerung. Die Stadt hat zur Überwachung der vorgeschriebenen Geschwindigkeiten bereits vor der Einfahrt in die Derlestraße Richtung Duisdorf eine Radaranlage fest installiert. Die CDU-Bezirksfraktion Hardtberg fordert, dass solche Überwachungen auch in anderen Streckenbereichen auf und um den Konrad-Adenauer-Damm stattfinden und der Raserei Einhalt geboten wird.